

Griechenland ist nicht allein!



Demonstration gegen die Kürzungspolitik in Europa

Samstag 14. März

Auftaktkundgebung um 15:00

Bundesfinanzministerium, Wilhelmstrasse 97

Über 90% der Kredite der Troika (EU-Kommission, EZB und IWF) sind bislang nur an Großbanken und Hedgefonds geflossen - nicht an die Griech_innen. Lohn- und Rentendrückerei haben die Krise nur vertieft. Das bedroht jetzt ganz Europa mit einer brandgefährlichen Rezession.

Jahrzehntelang nahmen die Altparteien in Griechenland gemeinsam mit der Troika billigend in Kauf, dass Großreeder und andere griechische Superreiche Steuern in Milliardenhöhe hinterzogen. Die Griech_innen aber haben die Verelendungspolitik der Troika mit unendlichem Leid bezahlt.

Wolfgang Schäuble lügt, wenn er behauptet, mit der griechischen Wirtschaft ginge es aufwärts: Gar nichts wurde verbessert. Zwischen 2007 und 2014 brach die Wirtschaft Griechenlands um 25% ein, während die Schulden von knapp 240 Mrd. € (107% der Wirtschaftsleistung) auf über 318 Mrd. € (175%) stiegen. Deswegen fordern auch in Deutschland Gewerkschafter_Innen und Wirtschaftswissenschaftler_Innen einen Abkehr der Politik von Bevormundung und Erpressung.

Nun hat Griechenland eine neue Regierung gewählt, die endlich gegen Steuerhinterziehung, Korruption der Oligarchen vorgehen will und die auch an die NS-Zerstörungen und Zwangsanleihen von 11 Mrd. € erinnert, die Deutschland den Griech_innen seit der Nazi-Besatzung schuldet.

Auch mobilisieren wir zu Blockupy am 18. März nach Frankfurt, um gegen eine EU, die wenige Konzerne, Großbanken und Superreiche immer reicher macht und dafür den Sozialstaat kaputt-kürzt und Armut vermehrt, zu protestieren. Nicht nur in Griechenland. Auch bei uns.

Organisiert vom Bündnis Griechenlandsolidarität Berlin

SYRIZA Berlin, Podemos Berlin, 15M Berlin, Gewerkschaftliche Griechenland-Reisegruppe, Berliner Forum Griechenlandhilfe, Griechenland-AG attac Berlin, AK Internationalismus IG Metall Berlin, Real Democracy Now! Berlin, Neue antikapitalistische Organisation, DIE LINKE, DIE LINKE Berlin, Europäische Linke (GUE/NGL)



Wer hat die ‚Hilfsgelder‘ bekommen?

Noch vor wenigen Jahren gehörten 94% der griechischen Schulden Großspekulanten, die bei einem Schuldenerlass damals hätten draufzahlen müssen! Denen räumte die Troika ein, ihre Schrottpapiere in die öffentliche Hand zu bringen. Heute sind 88% der griechischen Staatsschulden in Besitz der europäischen Steuerzahler.

Altparteien schützten reiche Steuerhinterzieher

2010 erhielt der sozialdemokratische frühere Minister Venizelos von IWF-Chefin Lagarde einen USB-Stick mit den Namen von über 2.000 griechischen Steuerhinterziehern mit Schweizer Konto standen. Dies ließ Venizelos zwei Jahre lang in seinem Schreibtisch vergammeln. Steueroasen blieben hingegen unbehelligt, und gegen die Armen und Arbeitenden wurde ein Wirtschaftskrieg geführt.

Humanitäre Katastrophe

Die Arbeitslosenquote ist von 7,7% auf 27,3% gestiegen, 800.000 arbeitslose Griechen hatten 2014 weder Arbeitslosengeld noch Krankenversicherung; die Basisrente wurde auf 360 € monatlich gesenkt; 60% der jungen Griechen sind ohne Arbeit. Die Armutsquote hat sich fast verdoppelt. Das Gesundheitssystem wurde abgepackelt. Die Zahl der Totgeburten ist um 21 Prozent gestiegen; die Kindersterblichkeit um 43%; HIV-Infektionen stiegen um das 43fache; die Selbstmord-Rate um 45%.

Gewerkschaften zum Umbruch in Griechenland: Eine Chance für Europa

“Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und korrigieren. (...) Wirkliche Strukturreformen bekämpfen Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Die neue griechische Regierung ist herausgefordert, ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines »Europäischen Investitionsplanes« werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird (...). Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden (...) Das europäische Projekt wird nicht durch Spardiktate gestärkt, sondern nur durch die demokratische Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit. (...) Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden!“
(www.europa-neu-begrunden.de)

Erstunterzeichnende (Auswahl):

Reiner Hoffmann, DGB
Robert Feiger, IG BAU
Michaela Rosenberger, NGG
Michael Vassiliadis, IG BCE

Frank Bsirske, ver.di
Alexander Kirchner, EVG
Marlis Tepe, GEW
Detlef Wetzels, IG Metall